



strichen, wie wichtig es ist, für eine umfassende Durchführung des Endgültiges Friedensabkommens von 2016 zu sorgen, und begrüßten das umfassende nationale Bekenntnis zu seiner weiteren Durchführung anlässlich des jüngst begangenen siebten Jahrestags. Im Anschluss an die zweiten Kommunalwahlen seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens ermutigten sie die neu gewählten Abteilungen und Kommunalbehörden, die Gelegenheit zu nutzen und bei der Friedensförderung eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie unterstrichen ferner, wie wichtig es ist, die uneingeschränkte, gleichberechtigte, konstruktive und sichere Teilhabe von Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund am Friedensprozess zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats würdigten die verstärkte Aufmerksamkeit, die auf die im Friedensabkommen enthaltenen Bestimmungen zur Reform des ländlichen Raumes gerichtet wird, da sie entscheidend zur Bewältigung struktureller Probleme im Kern des Konflikts beitrug, und begrüßten diesbezügliche Fortschritte, darunter der weitere Erwerb von Grundstücken und deren Vergabe an Kleinbäuerinnen und -bauern und Volksgruppen, die Aufstockung der Haushaltsmittel und die umfassende Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum. Sie begrüßten außerdem die Annahme des Umfassenden Wiedereingliederungsprogramms als wichtigen Schritt für eine dauerhafte Wiedereingliederung sowie die erste Arbeit des nationalen Agrarreformsystems und sieht ihrer konkreten Umsetzung durch die damit beauftragten Einrichtungen mit Interesse entgegen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten erneut ihre große Besorgnis darüber, dass ehemalige Kombattanten und Führungsverantwortliche aus dem sozialen Bereich nach wie vor Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind, und forderten die weitere Umsetzung des Aktionsplans des Umfassenden Programms für Garantien für Frauen in Führungspositionen und Menschenrechtsverteidigerinnen. Sie bekräftigten außerdem ihre große Besorgnis darüber, dass Frauen und Mädchen und die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften auch weiterhin unverhältnismäßig stark von konfliktbezogener Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, betroffen sind. Sie forderten die Behörden auf, sich verstärkt um den Schutz dieser lokalen Führungspersönlichkeiten und Teilnehmenden des Friedensprozesses, insbesondere der Frauen, zu bemühen, und forderten die staatlichen Institutionen auf, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit dringend zu verstärken.

24-00900 (G)
* 2400900*



